

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in Hamburg

Der nationalsozialistische Terror richtete sich im Frühjahr 1933 immer stärker auch gegen die Sozialdemokratie. Die Parteiführung der SPD wollte die nationalsozialistische Herrschaft auf legalem Wege beenden und konzentrierte sich daher auf die Reichstagswahlen vom 5. März 1933 und die parlamentarische Arbeit; am 22. Juni 1933 erfolgte dann jedoch das Parteiverbot. Die Strategie des Parteivorstands war in der Mitgliedschaft der SPD umstritten und stieß besonders bei jüngeren Mitgliedern in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auf Unverständnis.

Trotz des Parteiverbots setzten in Hamburg zahlreiche Gruppen der SPD auf Stadtteil-, Betriebs- und Distriktebene die politische Arbeit fort, nunmehr unter den Bedingungen der Illegalität. Sehr bald wurden heimlich Flugblätter hergestellt und verbreitet, in denen der reaktionäre Charakter und die Verbrechen des Naziregimes angeprangert wurden.

Eine von Walter Schmedemann zusammengeführte Widerstandsgruppe mit etwa 500 Aktiven umfasste mehrere Stadtteilorganisationen der SPD, der SAJ und des Reichsbanners. Daneben bestanden kleinere Gruppen in Betrieben und Stadtteilen.

Von 1934 bis 1937 führte die Gestapo mehrere große Verhaftungsaktionen gegen Mitglieder dieser Widerstandsgruppen durch und zerstörte damit die organisatorischen Strukturen des sozialdemokratischen Widerstands in Hamburg. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hielten in Freundeskreisen aber weiter Kontakt miteinander, förderten eine Antikriegsstimmung und organisierten Hilfe für Verfolgte und deren Familien sowie für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Einige Frauen und Männer waren während des Krieges an erneut entstandenen illegalen Widerstandsorganisationen beteiligt.

- Walter Schmedemann, nach 1945. Walter Schmedemann, geboren am 3. Februar 1901, organisierte ab 1934 den sozialdemokratischen Widerstand in Hamburg-Eilbek und hielt Kontakt mit anderen illegalen Gruppen der verbotenen SPD, des Reichsbanners und der Sozialistischen Arbeiterjugend in Hamburg. Er war mehrfach in den Konzentrationslagern Fuhlsbüttel und Sachsenhausen inhaftiert. Das Hanseatische Oberlandesgericht verurteilte ihn zu einer zweieinhalbjährigen Zuchthausstrafe. Walter Schmedemann wurde nach Kriegsende einer der bekanntesten SPD-Politiker Hamburgs. Er starb am 1. April 1976. Foto: Fritz Kempe, (Denkmalstützamt Hamburg, Bildarchiv)
- Der langjährige Reichstagsabgeordnete der SPD Adolf Biedermann, geboren am 30. März 1881 in Hamburg, wurde am 11. Mai 1933 an der Bahnstrecke bei Recklinghausen tot aufgefunden. Viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vermuteten, er sei Opfer eines Mordanschlags durch Nationalsozialisten geworden. Seine Beisetzung auf dem Ohlsdorfer Friedhof mit mehreren Tausend Trauer-gästen wurde zu einer stillen Demonstration gegen das NS-Regime. Fotos des Grabsteins mit der Inschrift „Ein Kämpfer für Freiheit und Sozialismus“, die noch 1933 von den Nationalsozialisten wieder entfernt wurde, dienten in der illegalen SPD später als Düttingsteleg für Beitragszahlungen. Aufnahme nicht datiert. (Walter Hammer, Hohes Haus in Henkers Hand, Rückschau auf die Hitlerzeit, auf Leidensweg und Opfergang Deutscher Parlamentarier, Frankfurt am Main 1956, o. S.)
- Illegale Zeitung der Hamburger SPD vom Juli 1934. (GET)
- 5: Die programmatische Neuorientierung der SPD, angestoßen vom Exilvorstand der SPD in Prag, wurde unter dem Titel „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“ bzw. „Prager Manifest“ in Tausenden Exemplaren in Deutschland illegal verbreitet. Das Manifest fand in allen Widerstandsgruppen großes Interesse und trug dazu bei, die Zersplitterung der sozialistisch orientierten Gruppen im Widerstand und im Exil zu überwinden. (FZH)
- Die „Sozialistische Aktion“, herausgegeben vom Exilvorstand der SPD in Prag, erschien von Oktober 1933 bis März 1938 zum Teil wöchentlich. Jede illegale sozialdemokratische Widerstandsgruppe erhielt mehrere Exemplare, die unter den Gruppenmitgliedern kursierten. (GDW)
- Der Exilvorstand der SPD in Prag (Sopade) veröffentlichte zahlreiche Zeitungen und Flugblätter, die unter großen Gefahren nach Deutschland geschmuggelt und in den illegalen Gruppen verteilt wurden. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sammelten Informationen über die NS-Herrschaft und leiteten sie nach Prag weiter. Dort wurden sie zu den „Deutschland-Berichten der Sopade“ zusammengefasst und gelangten als kleinformatiger „Deutscher Nachrichtendienst“ zurück in die Widerstandsgruppen. (FZH)

